

**Offener Brief an den DGB Bayern  
bzgl. Unterschrift unter die Petition der Initiative D-A-C H  
„Nie wieder ist Jetzt – Fünf Punkte gegen Antisemitismus“!**

An den

**Deutschen Gewerkschaftsbund  
Bezirk Bayern**

**Bernhard Stiedl**

Vorsitzender

**Dr. Verena Di Pasquale**

Stellvertretende Vorsitzende

Neumarkter Str. 22

**Münchner Gewerkschaftslinker/Ver-  
netzung für kämpferische Gewerkschaften**

Christiaan Boissevain

81673 München

[bernhard.stiedl@dgb.de](mailto:bernhard.stiedl@dgb.de)

[verena.dipasquale@dgb.de](mailto:verena.dipasquale@dgb.de)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir, Mitglieder in verschiedenen Gewerkschaften des DGB in München (ver.di, GEW, IGM), haben uns erneut die Augen gerieben als wir Eure Unterschrift unter dem Aufruf von D-A-CH gesehen haben.

Selbstverständlich teilen wir die Sorge um den ansteigenden Antisemitismus und auch den allgemein ansteigenden Rassismus in unserer Gesellschaft. Leider ist das eine Tendenz in ganz Europa, der vor dem Hintergrund der verschiedensten Krisen in dieser Gesellschaft und der damit verbundenen Verunsicherung von interessierten rechtsextremen Kreisen hochgekocht wird. Natürlich hat OB Reiter recht, wenn er im Anhang schreibt: „.....*der zunehmende Antisemitismus bei uns lässt sich damit allerdings auf gar keinem Fall rechtfertigen oder entschuldigen.*“ Und selbstverständlich sind Initiativen gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsruck wichtig und notwendig!

Das rechtfertigt es aber wiederum nicht, die gerechtfertigte Kritik am Krieg des Staates Israel gegen die Palästinenser:innen im Gaza, an Israels Vertreibung, Aushungern und Tötung tausender Zivilist:innen - darunter viele tausend Kinder -, für den ansteigenden Antisemitismus verantwortlich zu machen.

Auch wir sagen – wie Mitinitiatorin Charlotte Knobloch in einem Interview mit der Deutschen Welle: „*Eine Gleichsetzung deutscher Juden mit der aktuellen israelischen Regierung sei völlig falsch*“ und wir fügen noch hinzu, das gilt auch für die in Israel lebenden Jüd:innen. Denn sowohl hier als auch dort, gibt es viele jüdische Menschen, die sich gegen den Krieg im Gaza und der weiteren Zersiedelung des Westjordanlandes mit Demonstrationen und anderen Aktionen richten. Das gibt uns auch die Hoffnung, dass es einen Weg aus der Eskalation geben kann!

Deswegen lehnen wir auch die IHRA-Definition von Antisemitismus entschieden ab (die ja – wie Ihr sicherlich auch wisst - genau besagt, dass Kritik am Staat Israel (als „jüdisches Kollektiv“) - mit Antisemitismus gleichzusetzen sei) -, auf der diese Petition des neuen D-A-CH Bündnisses beruht!

Wir wundern uns schon sehr, dass Ihr Euch einer Initiative anschließt, die dafür eintritt, dass Versuche, die Zusammenarbeit mit dem israelischen Staat zu unterbinden, gesetzlich verboten werden sollen. Und zwar mit einer Regierung, die für diesen unmenschlichen Krieg gegen die Palästinenser:innen verantwortlich ist und diesen weiter fortführt - trotz aller weltweiten Kritik. Dies würde z.B. Initiativen betreffen, die die Aussetzung von Forschungsprojekten an Universitäten mit Israel, die zur weiteren Eskalation des Krieges beitragen, fordern. Diesen Schritt hat z.B. die Universität Dublin schon vor mehreren Monaten getan.

Wie denkt Ihr denn, einen Staat, der

- trotz eines internationalen Haftbefehl gegen dessen Ministerpräsidenten durch den Internationalen Strafgerichtshof, aufgrund von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit,
- trotz der Einschätzung der UN-Kommission, dass Israel einen Völkermord im Gaza begeht,
- trotz der Kritik vieler mit Israel verbündeten Staaten an diesem Krieg und des Rückzugs von Waffenlieferung z.B. von Spanien,
- vor allem trotz der weltweiten Massenmobilisierungen gegen den Krieg im Gaza – nicht zuletzt in Berlin am 27.9.2025,

daran zu hindern, weiterhin und verstärkt den Krieg und die Vertreibung der Palästinenser:innen zu betreiben?

Und wir wundern uns sehr, dass Ihr Euch an einer Initiative beteiligt, die von der deutschen Regierung fordert, dass keine „*öffentlichen Gelder an antisemitische Projekte fließen*“ - nach der IHRA Definition sind das eben auch solche, die sich gegen die Politik des Staates Israel gegen Gaza und Westjordanland wenden! Damit beteiligt Ihr Euch an der Politik der Bundesregierung, von Anfang an die Proteste gegen diesen Krieg zu kriminalisieren!

Wir sind empört darüber, dass in diesem Aufruf von D-A-CH kein Wort zu dem Leiden der Palästinenser:innen im Gaza und der erneuten Siedlungsoffensive im Westjordanland verloren wird. Zu den Opfern unter den Palästinenser:innen zu schweigen zeigt leider, dass in der D-A-CH Petition mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Und vor allem, dass sich die Initiator:innen eindeutig auf die Seite des israelischen Staates stellen, der seit Jahrzehnten die Palästinenser:innen drangsaliert, vertreibt und tötet und jetzt einen Genozid an diesen begeht!

Wir verstehen Euer Verhalten nicht - vor allem vor dem Hintergrund der Resolution des DGB vom 1. Juli 2025 (!), zu der sich der Bundesvorstand des DGB nach langem Zögern durchgerungen hat! Dort steht u.a.: *„Als Gewerkschafter\*innen trauern wir um alle unschuldigen Opfer des Krieges. Das unfassbare Leid der Zivilbevölkerung in Gaza bewegt viele Menschen weltweit. Es erzeugt verständlicherweise Schmerz, Wut und berechnete Kritik an der israelischen Regierung. Immer mehr Regierungen benennen das Vorgehen Israels als völkerrechtswidrig. Die Zahl ziviler Opfer und die massiven Zerstörungen in Gaza werfen auch nach Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ernsthafte und berechnete Fragen zur Verhältnismäßigkeit der israelischen Militäraktion auf. Kriegerische Attacken gegen die Zivilbevölkerung in Gaza und anderswo sowie die dramatische Unterversorgung mit Hilfsgütern der Menschen in Gaza müssen entsprechend der Regeln des Völkerrechts beendet werden....“!*

Wenn Ihr diese Resolution ernst nehmt, hättet Ihr z.B. zu der Kundgebung am 2. Oktober in München: „Waffenlieferungen an Israel? Nicht in meinem Namen! initiiert von der DFG/VK, IFFF, IPPNW, Amnesty International oder zu der Friedensdemo am 3. Oktober in Stuttgart und Berlin – wie es z.B. der ver.di Bezirk Stuttgart und München und der ver.di-Landesbezirk BaWü tun - mitaufrufen und vor allem in den Betrieben massiv mobilisieren müssen!

**Das Vergehen der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung rechtfertigt eben nicht den von der israelischen Regierung angefangenen Völkermord an den Palästinenser:innen wie der UN-Vorsitzende Guterres und viele, viele Andere festgestellt haben.**

**Viele jüdische Menschen auf der Welt teilen die Einschätzung, dass der im Namen des Zionismus von der Regierung Netanyahu geplante erneute (diesmal „endgültige“) Vertreibungsversuch der Palästinenser:innen aus Gaza und der Westbank, um zum lang - und immer wieder offen verkündeten Ziel, eines „Großisraels“ kommen zu können, ein Verbrechen ist!**

**Anti-Zionismus ist eben nicht gleichzusetzen mit Antisemitismus!!**

**Wir wundern uns, dass der DGB Bayern, nach wie vor meint zu den Verbrechen der israelischen Regierung in Gaza und auf der Westbank schweigen zu müssen (wer dazu schweigt, stimmt zu!), in dem Ihr eine solch einseitige Erklärung, de facto zur Unterstützung der Politik Netanjahus, unterschreibt.**

**Wir erklären, die Unterschrift des DGB Bayern geschah weder in unserem Namen, noch hat es irgendwas mit dem zu tun was in den Grundsatzserklärungen des DGB und der jeweiligen Einzelgewerkschaften in allgemeiner Form zur Frage der internationalen Solidarität mit allen Unterdrückten enthalten sind!**

Hinzu kommt, dass die Unterstützung der D-A-CH Petition durch den DGB Bayern im Widerspruch zu der oben zitierten Resolution des DGB Bund steht, der eine klare Kritik an dem Vorgehen der israelischen Regierung im Gaza und im Westjordanland enthält!

Wir fordern Euch auf im Sinne dieser Resolution, Eure Position unverzüglich zu überdenken und zu ändern und Eure Unterschrift unverzüglich unter diese Petition zurückzuziehen!

Helga Schmid (Mitglied im ver.di Bezirksvorstand-München\*)

Christiaan Boissevain (Mitglied im IGM Senior\*innenausschuss-München\*)

für die Münchner Gewerkschaftslinken / Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (MGL/VKG)

\*Angaben dienen nur zur Information